



BRIEF VON KANTONSRAT DAVID ROTH ZUR KANTONALEN ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014



«Während ein paar wenige von der Abschaffung der Liegenschaftssteuer profitieren, bezahlen alle anderen mehr. Darunter auch eine Mehrheit der Immobilienbesitzer.»

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten

Der Kanton Luzern kann sich die Abschaffung der Liegenschaftssteuer nicht leisten. Die Initiative ist völlig deplatziert. Mit der Abschaffung der ohnehin tiefen Liegenschaftssteuer (0.05 Prozent) würden vor allem jene beschenkt, die von den vergangenen Steuersenkungen am meisten profitiert haben. Ein Grossteil der Einnahmen der Liegenschaftssteuer kommt nämlich von Unternehmen und sehr vermögenden Personen. Die einfachen Besitzer von Einfamilienhäusern machen nur einen kleinen Teil aus. Wer eine Liegenschaft im Wert von 1 Million besitzt, bezahlt gerade mal 500 Franken pro Jahr.

Die grossen Profiteure wären damit genau jene, die bereits mit der Senkung der Unternehmens- und der Vermögenssteuer reichlich beschenkt wurden.

Die drohenden Ausfälle für Kanton und Gemeinden sind mit 34 Millionen Franken beträchtlich. Alleine der Stadt Luzern würden 4.6 Millionen Franken fehlen. Dieses Geld muss irgendwo anders eingespart oder eingenommen werden. Die Befürworter sollten deshalb ehrlicherweise angeben, wie sie den Schaden decken wollen. Diese Antwort bleiben die Initianten allerdings schuldig.

Die Stossrichtung kann aber auch so in den vergangenen Sparpaketen abgelesen werden: Die Einnahmehausfälle würden über Steuererhöhungen oder Leistungsabbau kompensiert. Konkret hiesse das, die Prämienverbilligung und Stipendien zu reduzieren, Schulstunden zu streichen oder Unterstützung von Behinderten und Pflegebedürftigen zusammenzustreichen. Auf der Einnahmenseite drohen Steuerfuss- und Gebührenerhöhungen.

Das macht die Rechnung einfach: Während ein paar wenige von der Abschaffung der Liegenschaftssteuer profitieren, bezahlen alle anderen mehr. Darunter auch eine Mehrheit der ImmobilienbesitzerInnen.

Die gescheiterte Tiefsteuerepolitik des Kantons Luzern darf nicht noch weiter verschärft werden. Denn auch ohne die Abschaffung der Liegenschaftssteuer plant der Kanton bereits das nächste Sparpaket. Es ist mehr als dreimal so hoch wie das diesjährige.

Deshalb bitte ich euch am 9. Februar NEIN zur Abschaffung der Liegenschaftssteuer zu sagen.
Solidarische Grüsse

David Roth



Joël Mayo wurde am 7. Dezember zum neuen Präsidenten der JUSO Kanton Luzern gewählt und stellt sich hier vor.

«Aufgewachsen in Littau, besuchte ich die Sekundarschule, machte eine Lehre als Buchhändler im wenig progressiven Schwyz und studiere gegenwärtig Pädagogik an der Hochschule Luzern.

Durch meine Mutter, in jungen Jahren in der Arbeiterbewegung und Parteipolitik engagiert, erfuhr ich meine politische Prägung früh am Küchentisch, am Flüchtlingsstag und am 1. Mai.

Mein Entscheid, der JUSO beizutreten, reifte im Klima des Falls der Buchpreisbindung, von Minarett- und Ausschaffungsinitiative, Millionenboni und der einst geplanten Schliessung der Kantonsschule Musegg.

Während ich mir bewusst wurde, dass meine Empörung mein politisches Engagement bei weitem überstieg, schuf sich die JUSO ein Profil, welches sich der Monstrosität einer zu Tode liberalisierten, nationalkonservativen Schweiz entschieden entgegenstellte.

Ich bin der Überzeugung, dass sozialdemokratische Visionen die bessere Antwort auf die Probleme unserer Zeit liefern als die bestenfalls am Status quo orientierten Ideen der Bürgerlichen. Dafür bin ich bereit, mich vollumfänglich zu engagieren.

Im Kanton Luzern konnte die JUSO in den vergangenen Jahren grosse Erfolge verbuchen. Dennoch bleiben die bürgerlichen und rechten Kräfte im Kanton, insbesondere ausserhalb der Stadt, sehr stark. Gerade deshalb ist es an der Zeit, den Schritt in die Landschaft zu wagen. In der Stadt an der linken Seite der SP etabliert, liegt das Hauptaugenmerk der JUSO Kanton Luzern unter meiner Präsidentschaft auf einer besseren Koordination zwischen den Sektionen und einer Stärkung der JUSO als kantonale Partei insgesamt. Es kommen viele Herausforderungen auf uns zu, wir werden sie meistern: Entschlossen, motiviert und konsequent links.

Danke, Silvana!

«Ich sehe schon, mit der Glocke willst du mich darauf hinweisen, dass meine Zeit abgelaufen ist. Ja, sie ist es definitiv.» Mit diesem Satz beendete Silvana ihre letzte Rede im Kantonsrat. Sie war einen Satz zu lang geworden, deshalb hat Kantonsratspräsident Urs Dickerhoff ein Läuten mit der Glocke angedeutet. In ihrem letzten Votum hat sich Silvana noch einmal gegen die bürgerliche Sparwut gewehrt. Sie tat dies wie immer mit viel Witz und Engagement. Silvana ist 2004 für Helene Meyer-Jenny in den Kantonsrat nachgerutscht. In den ersten Jahren war sie Mitglied der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK). Diese Kommission berät keine Geschäfte, sondern, wie es der Name sagt, kontrolliert und beaufsichtigt, ob in der Verwaltung alle Geschäfte ordnungsgemäss ablaufen. Im Rat werden keine Geschäfte der AKK beraten. So richtig im Element war Silvana deshalb erst, als sie nach den Wahlen 2007 in die Kommission Raum, Umwelt und Energie (RUEK) gewählt wurde. Das war ihre Thematik, hier schlug ihr Herz links. Sie kam richtig in Fahrt, wenn es zum Beispiel um Geothermie ging. Die anderen Ratsmitglieder waren gut beraten, sich warm anzuziehen, als das Energiegesetz und in jüngster Vergangenheit das Waldgesetz beraten wurden. Silvana war immer sehr sicher in ihrer Argumentation und kannte ihre Dossiers bis ins kleinste Detail. Ihre Voten waren klar und fordernd. Silvana war sehr gut, wenn sie spontan das Wort ergriff oder vielmehr, wenn sie vom Wort ergriffen wurde. Sie war witzig und pointiert und hat so manchen bürgerlichen Politiker mit links auf dem rechten Fuss erwischt.

Seit 2009 war Silvana unsere Fraktionschefin. Sie hat dieses Amt mit viel Herzblut ausgeübt. Den engeren Kontakt zu den Fraktionschefs der anderen Parteien, den das Amt mit sich bringt, hat Silvana sichtlich genossen. Dank ihrer offenen, kommunikativen Art hat sie mit allen einen guten Kontakt gepflegt.

An den Fraktionssitzungen wird oft hitzig diskutiert. Wir sind gar nicht immer einer Meinung. Aber es ist natürlich das Ziel, möglichst viele oder gar alle auf eine Linie zu bringen. Silvana hat diese Diskussionen souverän geleitet. Ab und zu hat sie einige auch ein bisschen in die Schranken verwiesen, vor allem wenn man sich nicht an die Rednerliste hielt. Im Grossen und Ganzen haben wir aber eine sehr gute Stimmung in der Fraktion, alle fühlen sich wohl. Wir brauchen das ein bisschen, das sich aufgehoben Fühlen, denn politisch sind wir ja meistens auf der Verliererseite. Silvana hat es verstanden, uns dieses Gefühl zu geben.

Silvana, wir danken dir ganz herzlich für deinen Einsatz in den letzten fünf Jahren. Wir werden dich vermissen. Dich und deine spontanen Voten, die immer ins Schwarze getroffen und uns oft zum Schmunzeln gebracht haben.

*Felicitas Zopfi, Präsidentin
SP Kanton Luzern*



AGENDA 2014

FEBRUAR

- Sonntag, 9. Februar
Abstimmungen

MÄRZ

- Mittwoch, 12. März, 19 Uhr
Sektionskonferenz
- Montag, 24. März, 19.30 Uhr, Adligenswil
6. Bernersuppe mit Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, Bericht aus der Wintersession

APRIL

- Samstag, 5. April, 13.45 Uhr, Ruswil
Parteitag
- Dienstag, 15. April, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

MAI

- Donnerstag, 1. Mai
Tag der Arbeit
- Sonntag, 18. Mai
Abstimmungen
- Dienstag, 20. Mai, 19 Uhr
ParlamentarierInnen-Treffen

AUGUST

- Dienstag, 19. August, 19.15 Uhr
Delegiertenversammlung

SEPTEMBER

- Mittwoch, 10. September, 19 Uhr
Sektionskonferenz
- Sonntag, 28. September
Abstimmungen

OKTOBER

- Dienstag, 14. Oktober, 19 Uhr
Delegiertenversammlung
- Dienstag, 28. Oktober, 19.00 Uhr
ParlamentarierInnen-Treffen

NOVEMBER

- Samstag, 22. November
**ausserordentlicher Parteitag:
Wahljahr 2015**
- Sonntag, 30. November
Abstimmungen

SP STADT LUZERN

Wahrückblick 2012

Die Geschäftsleitung hat den Wahlkampf 2012 gestützt auf die Rückmeldungen aus einer Mitgliederversammlung, mittels Online-Nachwahl-Befragung der Legislativ-Kandidierenden und einer internen Begutachtung ausgewertet. Die wichtigsten Ergebnisse werden nachfolgend präsentiert.

Im Mai und Juni 2012 haben in der Stadt die Legislativ- und Exekutivwahlen stattgefunden. Das erklärte Ziel einer rot-grünen Stadtregierung und eines SP-Stadtpresidiums wurde verfehlt. Hingegen wurde die SP-Stadträtin Ursula Stämmer im ersten Wahlgang wiedergewählt. In den Parlamentswahlen hat die Listenverbindung mit SP, JUSO, Second@s, Grüne und junge Grüne 37.48% erreicht, was 19 Sitzen (inklusive erstes Restmandat) entspricht. Die SP-Liste kam auf 20.49%, die JUSO auf 3.08% WählerInnenanteil. Dies entspricht 11 Sitzen für die SP und einem Sitz für die JUSO (das Restmandat erhielt wie 2009 die SP). Mit diesem Resultat konnte die SP im Vergleich zu den Wahlen 2009 um 2.2% und einen Sitz zulegen.

Insgesamt positiver Eindruck

Die Kandidierenden waren insgesamt sehr zufrieden mit dem Wahlkampf der Partei, was sich auch in ihrem persönlichen Engagement ausdrückte: So haben beispielsweise mehr als drei Viertel der Kandidierenden an mindestens einer Standaktion teilgenommen. Als Höhe-

punkt des Wahlkampfes wurde das «Fest für eine soziale, grüne und offene Stadt Luzern», welches an einem strahlenden Sommertag im Vögeligärtli stattfand, gewürdigt. Alle drei Wahlkampfthemen «Wohnraum», «Verkehr» und «Generationen» kamen gut bis sehr gut

«Als Höhepunkt des Wahlkampfes wurde das «Fest für eine soziale, grüne und offene Stadt Luzern», welches an einem strahlenden Sommertag im Vögeligärtli stattfand, gewürdigt.»

an. Die Kandidierenden waren mit der eigenen KandidatInnenkarte und dem «Tierbuch» zufrieden bis sehr zufrieden, ebenfalls waren die meisten Kandidierenden mit ihrem eigenen Wahlergebnis glücklich.

Optimierungspotenzial

Entsprechend dem Ziel einer rot-grünen Stadtregierung wurde eng mit den Grünen unter der Dachkampagne «sozial, grün, offen» zusammengearbeitet. Kritisch wurde eingebracht, dass dies zu einer zu starken Fokussierung auf den Exekutivwahlkampf führte und damit zu

viele Ressourcen gebunden wurden. In diesem Zusammenhang gab es kritische Rückmeldungen zum grafischen und inhaltlichen Auftritt der Kampagne, weil damit das SP-Profil un-deutlicher wurde. Die Kandidierenden wünschen sich eine bessere Kombination der Legislativ- und Exekutivwahlen. Bemängelt wurde die Organisation der Wahlfeier zum zweiten Wahlgang.

Gesamtfazit sehr positiv

Die Einschätzungen zu den gewählten Wahlkampfmitteln, zur Organisation, zu den durchgeführten Aktionen und zu den persönlichen Möglichkeiten des Wahlkampfes fallen durchgehend sehr positiv aus. Diese Wahlkampfelemente sollen auch bei den nächsten Wahlen, unter Berücksichtigung von politischen Umständen, eingesetzt werden.

Die Geschäftsleitung bedankt sich bei allen Kandidierenden und engagierten Parteimitgliedern für ihren Einsatz im Wahlkampf und hofft, weiter auf euch zählen zu dürfen.

Claudio Soldati
Präsident SP Stadt Luzern
im Namen der GL



JUSO: «FÜR GEMEINNÜTZIGE WOHN- UND GEWERBERÄUME»

Mehr preisgünstiger Wohnraum

Als wir uns zur Lancierung der Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume» entschieden haben, war die Ausgangslage folgende: Durch die Annahme der Wohnrauminitiative «Für zahlbaren Wohnraum» im Sommer 2012 hat die Stadtbevölkerung der Stadt einen klaren Auftrag erteilt. Die Initiative verlangte nämlich, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in einem Zeitraum von 25 Jahren von heute rund 13,5 Prozent auf mindestens 16 Prozent gesteigert wird. Dies bedeutet, dass in den nächsten Jahren rund 2300 gemeinnützige Wohneinheiten entstehen müssen. Nach Analyse der städtischen Areale zeigte sich, dass in

den nächsten zehn Jahren rund 1000 gemeinnützige Wohnungen in städtischen Liegenschaften realisiert werden können. Zur Umsetzung der Wohnrauminitiative fehlen also rund 1300 gemeinnützige Wohnungen. Wie diese realisiert werden sollen, wird offen gelassen. Offensichtlich gibt es also massive Probleme hinsichtlich der Realisierung und Schaffung von gemeinnützigen Wohn- und Gewerberäumen. Dies ist ein ernst zu nehmendes Problem, das in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird, zumal die Stadt bekanntlich nicht mehr über grosse Landreserven verfügt, die dafür genutzt werden könnten.

Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen

Unsere Initiative verlangt, dass die Stadt das Kapital der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) durch eine einmalige Einlage um 20 Millionen Franken erhöht. Die Initiative will, dass die GSW als Stiftung aktiv zur Entschärfung der Knappheit an gemeinnützigem Wohnraum in der Stadt beiträgt, indem sie finanziell unterstützt wird und damit mehr bestehende Wohnungen kaufen und dem gemeinnützigen Wohnen zugänglich machen kann. Der Stiftungsauftrag der GSW ist ja ebendieser: Unter Ausschluss jeder spekulativen

Absicht die Beschaffung und Vermittlung von preisgünstigen Wohnungen.

Die anderen bestehenden Baugenossenschaften sind eher auf den Bau neuer Wohnungen ausgerichtet, die GSW hingegen könnte sich verstärkt darum bemühen, bestehende (Altbau-)Wohnungen zu kaufen und durch Kostenmiete als gemeinnützige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Damit würden diese Wohnungen auch der Spekulation entzogen. Es entsteht dadurch auch keine Konkurrenzsituation zu den Wohnbaugenossenschaften.

Die Stadtregierung und das Parlament lehnten diese Forderung aber ab: Sie schlagen vor, den Fonds der GSW innert 13 Jahren auf rund 4 Millionen Franken aufzustocken. Somit könnte aber nur der Erwerb einiger weniger zusätzlicher Wohnungen sichergestellt werden. Von einer aktiven Wohnraumpolitik kann nicht die Rede sein. Die Stadtregierung und die grosse Mehrheit des Grossstadtrates wollen partout nichts Wesentliches gegen die zunehmende prekäre Wohnungssituation in der Stadt unternehmen.

Gemeinnütziger Wohnraum ist ein Gewinn

Die Stadt muss nun endlich Ernst machen mit der Wohnraumpolitik, die von der Stadtbevölkerung gefordert wird. Gemeinnützige Wohnbauträger bieten nicht einfach nur jenen einen Vorteil, die direkt profitieren, sondern nützen der Allgemeinheit, da sie mietzinsdämpfende Wirkung in Quartieren haben und für eine bessere soziale Durchmischung sorgen. Dies ist ein erklärtes städtisches Ziel, siehe Bericht und Antrag «Wohnraumpolitik II». Nun müssen Taten folgen und keine weiteren Lippenbekenntnisse. Wir müssen die Bedürfnisse der EinwohnerInnen ernst nehmen und allen, nicht einigen Privilegierten und Finanzkräftigen, die Möglichkeit bieten, in der Stadt zu wohnen, denn Wohnraum ist kein Privileg, sondern ein Grundbedürfnis, das alle haben.

Benedikt Koller
JUSO Stadt Luzern,
Parteisekretär SP Kanton Luzern



PAROLEN SP STADT LUZERN

Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» **JA**
Gegenvorschlag **Stimmfreigabe**

Ausgaben für die ordentliche und wirtschaftliche Staatstätigkeit bei noch nicht verbindlichem Voranschlag **JA**

«Bevölkerungsantrag» **JA**



DANIEL GÄHWILER BERICHTET AUS NEW HAVEN, CONNECTICUT

Die Linke lebt

Sie existiert, die Linke in den USA. Trotz Tea-Party, dem politischen Unvermögen von Demokraten und Republikanern und den verpassten Chancen der Obama-Jahre. Gerade auf lokaler Ebene, wo die nationale Politik mit den «grossen» Themen wie auch der mediale Blick aus Europa nicht hinreichen, prägen Gewerkschaften, Community-Organisationen und Nachbarschafts-Initiativen die Gesellschaft und immer stärker auch die Politik.

Aufsehen erregte kürzlich die Wahl des «demokratischen Sozialisten» Bill DeBlasio zum Bürgermeister von New York und von Kshama Sawant zur ersten sozialistischen Stadträtin von Seattle seit 1877. Diese Wahlerfolge sind aber nur der Ausdruck des wachsenden Einflusses linker Organisationen. Während fünf Wochen war ich im November und Dezember Gast einer kleinen Gewerkschaft in New Haven, einer Stadt mit 130 000 Einwohnern, zwischen New York und Boston gelegen, die typisch ist für die Herausforderungen der US-Gesellschaft.

Das Zentrum von New Haven wirkt mit den unzähligen Bäumen entlang der Strassen und in den Parks, die der Stadt den Übernamen Elm City geben, idyllisch. Durch die Eliteuniversität Yale leben Studierende aus aller Welt in hübschen Quartieren mit einer unglaublich hohen Dichte an Cafés und vegetarischen Restaurants. Hier werden jedes Jahr Milliarden von Dollars in Bildung investiert.

Das ist die eine Seite der Stadt.

Die andere Seite ist, dass im Sommer 2011 mehr als 45 Menschen Opfer von Gewaltverbrechen wurden (bei 130 000 Einwohnern!) und New Haven in den Medien zur gefährlichsten Stadt der USA ernannt wurde. Diese Verbrechen finden nicht im Zentrum statt, nicht im Yale Campus oder unter den Ulmen,

sondern in denjenigen Quartieren, wo keine Yale-Milliarden in Bildung investiert werden, sondern nur das wenige, was eine der ärmsten Städte der USA aufbringen kann.

Die gigantische Ungleichheit zu überwinden, die sich nicht nur in der Bildung manifestiert, sondern auch in der Qualität von Arbeitsplätzen und Infrastruktur oder im Angebot an Gesundheitsversorgung, ist das Anliegen einer Reihe von Initiativen, die sich in den letzten Jahren um die Gewerkschaften herum organisiert haben.

So war es nach der Gewaltwelle 2011 die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei, die Demonstrationen für mehr Perspektiven nicht-weisser Jugendlicher durchführte. Es gibt New Haven Works, die dafür sorgt, dass Einwohnerinnen und Einwohner von New Haven – meist vorbestrafte, nicht-weisse Arbeitslose – einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. New Haven Rising sorgt für politischen Einfluss der Quartiere, mit dem Resultat, dass seit den Wahlen vom letzten November rund 20 der 30 Mitglieder des Stadtparlaments von New Haven Rising nahe stehen.

Was bleibt als Erkenntnis? Einerseits, dass es sich lohnt, gegen Ungleichheit in allen Formen zu kämpfen, und man gerade dort mehr darüber lernen kann, wo die Ungleichheit am grössten ist. Zur Inspiration daher einige Links: <http://newhavenworkspipeline.org>
<http://www.unitehere217.org>
<http://par-newhaven.org>

Daniel Gähwiler
ist Vizepräsident der SP Kanton Luzern
und arbeitet bei der UNIA in Zürich

